



© Harry Grout, unsplash

Biodiversität: Wenn Ignoranz tötet

Der Schutz der Biodiversität bleibt ein Stiefkind der Nachhaltigkeitspolitik. Zehn Jahre Verhandlungen, Strategien und Dialoge haben zu keinen greifbaren Erfolgen geführt. Mahner und Experten werden nicht gehört.

Mit dem Jahr 2020 endet bald auch die [UN-Dekade Biologische Vielfalt](#). Die Vereinten Nationen hatten sich für dieses Jahrzehnt zum Ziel gesetzt, das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten aufzuhalten, dafür die verantwortlichen Akteure zusammenzubringen, wirksame Strategien zu entwickeln und umzusetzen. Auch wenn die Abschlusskonferenz coronabedingt in den Mai 2021 verschoben wurde, lässt sich schon heute feststellen, dass das Vorhaben krachend gescheitert ist. Von den 20 ausgerufenen Zielen der Dekade wurde nicht ein einziges vollständig erreicht.

Beim UN-Gipfel zur biologischen Vielfalt im September wurde von den Regierungsvertretern zwar wieder ein vollmundiges Versprechen abgegeben, den Verlust der Biodiversität bis 2030 umzukehren. Doch allein die wenig später beschlossene europäische Agrarreform konterkariert das Ansinnen. Dabei zeigt just die Pandemie, wie wichtig eine intakte Natur für uns Menschen ist. Auch ein funktionierender Klimaschutz lässt sich ohne fundamentale Änderungen in der Agrarwirtschaft nicht leisten, wie EU-Klimakommissar Frans Timmermans in seiner Kritik der Agrarreform betonte. Der reichlich verspätet vorgelegte [Indikatorenbericht 2019](#) der Bundesregierung zur Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt nennt als wesentliche Ursache für den Artenrückgang ebenfalls die intensive landwirtschaftliche Nutzung, außerdem verstärkte Bautätigkeiten und Flächenversiegelung.

Liebe Leserinnen und Leser,
mit dem Politikmonitor Nachhaltigkeit berichten wir seit 2015 regelmäßig zu Themen, Veranstaltungen und regulatorischen Entwicklungen aus Brüssel und Berlin. Denn politische Diskussionen und Rahmenbedingungen bestimmen immer stärker, wie eine nachhaltige Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft ausgestaltet wird. Mit unserem Politikmonitor wollen wir Einblicke geben, Überblick schaffen und Ausblicke versuchen.

Ihr **akzente**-Team



THEMA

Ein Schatz ohne Schutz

Eine vielfältige Pflanzen- und Tierwelt ist weit mehr als schöne Kulisse für Urlaub und Wochenende. Sie ist ein weltvoller Schatz, sichert unsere Ernährung, schützt unsere Gesundheit und erhält unsere Lebensgrundlagen. Aber es fehlt an einer übergreifenden Strategie zu ihrem Schutz.

Sie ist so etwas wie das sprichwörtliche Stiefkind in der Nachhaltigkeitsdebatte, die Biodiversität. Alle Welt redet - mit Recht - vom Klima, aber der Schutz der Artenvielfalt bleibt auf politischer wie auf unternehmerischer Ebene erkennbar unterrepräsentiert. Dabei hängen Klimawandel und Artenvielfalt eng miteinander zusammen: Viele Pflanzen ertragen das zunehmend heiße und trockene Sommerwetter nicht mehr, was unter anderem die hiesigen Wälder verändert, während invasive Insektenarten aus anderen Erdteilen die heimischen verdrängen - um nur zwei von vielen Auswirkungen zu benennen. Beides verändert möglicherweise unsere Lebensgrundlagen in Europa.

RELEVANZ FÜR UNTERNEHMEN Viele Unternehmen scheinen sich trotzdem zu fragen, ob Biodiversität etwas mit ihrem Geschäft zu tun hat. Werden auf den ersten Blick keine offensichtlichen Zusammenhänge entdeckt, findet auch keine Beschäftigung damit statt. Diesen Eindruck kann man zumindest in der Mehrzahl der Nachhaltigkeitsberichte von Unternehmen gewinnen. Der Anteil derer, die Biodiversität als wesentliches Managementthema identifiziert haben, ist sehr gering und tendenziell auf Nahrungsmittelproduzenten sowie den damit verbundenen Handel beschränkt. Hier allerdings ist die Betroffenheit offensichtlich: Wenn durch Klimawandel und den allzu großzügigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln die Insekten sterben, fehlen die Bestäuber für Fruchtpflanzen, der Ertrag bei Getreide, Obst und Gemüse sinkt. So einfach, so dramatisch. „Wesentlich“ nach den Kriterien der Rahmenwerke in der Unternehmensberichterstattung ist das Thema damit aber nicht zwingend.

Dabei gibt es durchaus Vordenker und Frühwarner, auch unter Wirtschaftsvertretern. So hat sich im Finanzsektor eine Nische etabliert, die mit „Natural Capital Investments“ gezielt Geld in Bereiche lenkt, die die Artenvielfalt fördern. Zwar geht es beim Naturkapital auch um Böden, Minerale, Wasser und Luft. Aber der gezielte und ganzheitliche Schutz von Ökosystemen steht grundsätzlich im Mittelpunkt. Beispiel: Das unter anderem von der Europäischen Investitionsbank (EIB) und Goldman

LEADERS' PLEDGE FOR NATURE

Am Vorabend des UN-Gipfels zur biologischen Vielfalt im September haben sich Vertreter aus 64 Ländern aller Weltregionen verpflichtet, deren fortschreitenden Verlust bis 2030 umzukehren. In ihrer [gemeinsamen Erklärung](#) betonen sie: „Wir müssen die Natur und die von ihr erbrachten Leistungen bei unseren Entscheidungen angemessen bewerten [...]. Trotz ehrgeiziger globaler Abkommen und Ziele für den Schutz, die nachhaltige Nutzung und die Wiederherstellung der biologischen Vielfalt [...] gehen die globalen Trends weiterhin in die falsche Richtung. Wir brauchen einen transformativen Wandel: Wir können nicht einfach weitermachen wie bisher.“

Sachs finanzierte [„Rewilding Europe“](#)-Projekt zielt darauf ab, geeignete Landstriche in Europa gezielt zu verwildern und dabei Tier- und Pflanzenarten wiederanzusiedeln, die fast oder vollständig ausgestorben sind. Die finanziellen Grundlagen dafür werden von [Rewilding Europe Capital](#) bereitgestellt. Teilnehmer aus Deutschland sind leider nicht dabei.

Eine bemerkenswerte Initiative mit deutscher Beteiligung ist „Biodiversity in Good Company“. Seit 2008 wird in diesem Netzwerk Wissen entwickelt und geteilt, wie beispielsweise die fünfteilige [Infomodulreihe Einstiegswissen](#), die auch Nichtmitglieder nutzen können. Grunderkenntnis: „Alle Wirtschaftsprozesse benötigen entweder unmittelbar ökologische Ressourcen oder setzen zumindest ihre Existenz voraus.“ 32 deutsche Mitgliedsunternehmen haben sich vorgenommen, dazu ihren Beitrag zu leisten. Ein weiteres Beispiel für das Engagement von Unternehmen ist die [Natural Capital Coalition](#): Die darin zusammengeschlossenen Organisationen wollen den monetären Wert des vermeintlich kostenlosen Naturkapitals berechnen, um damit gezielter wirtschaften und Schaden abwenden zu können. Aus Deutschland kommen hier allerdings nur drei Vertreter: HeidelbergCement, Hugo Boss und das Umweltbundesamt.

DAS NÄCHSTE BERICHTS-FRAMEWORK Und dann ist da noch der unausgesprochene Zwang, sich an Konzepten zu beteiligen, die von „Peers“ und wichtigen Stakeholdern vorangetrieben werden. Nur so lässt sich der phänomenale Erfolg der [Task](#)



[Force on Climate-related Financial Disclosures \(TCFD\)](#) erklären. Eingesetzt vom Financial Stability Board der G20-Staaten, hat es ein Rahmenwerk für die Klimarisikoberichterstattung entworfen, das inzwischen fast alle größeren Unternehmen der Welt beschäftigt. Die Frage, warum nur Klima, war von Anfang an berechtigt. So wundert es wenig, dass nun schon das nächste Berichts-Framework in den Startlöchern steht: die [Task Force on Nature-related Financial Disclosures \(TNFD\)](#).

Die TNFD ist weit mehr als eine reine Nachahmerinitiative. Auch hier haben sich bereits renommierte Partner zusammengefunden, von den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Schweiz über Großbanken wie BNP Paribas, Citi und Rabobank und multilaterale Organisationen wie die Weltbank und die European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) bis hin zu Industrieunternehmen wie BP und GlaxoSmithKline. Wieder aber glänzen deutsche Teilnehmer mit Abwesenheit.

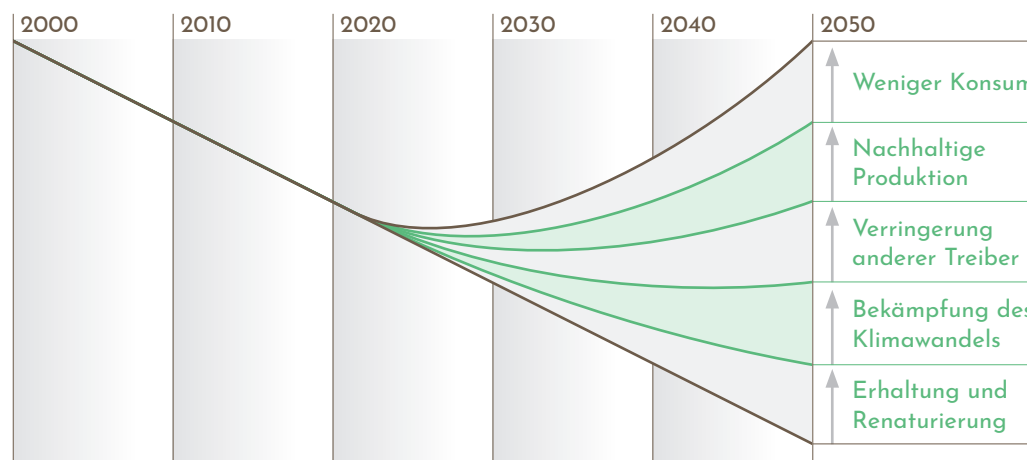
Warum es eine TNFD braucht, begründet die Initiative so: „Die Menschheit hat bereits 83 % der wildlebenden Säugetiere und die Hälfte aller Pflanzen ausgerottet sowie drei Viertel des eisfreien Landes und zwei Drittel der Meeresumwelt stark verändert. Der Verlust an biologischer Vielfalt, der durch den Klimawandel entstehen kann, beeinträchtigt die Widerstandsfähigkeit der Ökosysteme in einer negativen Spirale.“ Nicht zuletzt sei nach Schätzungen des Weltwirtschaftsforums auch mehr als die Hälfte des weltweiten Bruttoinlandsprodukts von einer intakten Natur abhängig. Eine informelle Arbeitsgruppe der TNFD arbeitet bereits an Berichtsempfehlungen, die 2021 fertiggestellt und 2022 von Pilotunternehmen getestet sein werden.

FORDERUNGEN NACH SYSTEMWECHSEL Die letzte Ausgabe des [Living Planet Reports](#) des WWF zeigt einen dramatischen Schwund der Artenvielfalt bei rund 21.000 Populationen von Säugetieren, Vögeln, Fischen, Amphibien und Reptilien von im Durchschnitt 68 Prozent im Zeitraum 1970 bis 2016. Als Hauptursachen gelten Naturzerstörung und -überbeanspruchung. Der WWF fordert als Konsequenz einen Systemwechsel in der Agrarpolitik, dem Ernährungssystem und den globalen Lieferketten.

Und damit ist der WWF nicht allein. Mitte Oktober, als auf EU-Ebene über die anstehende Reform der Landwirtschaftssubventionen diskutiert wurde, meldete sich die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina zu Wort. Die gemeinsam mit anderen Wissenschaftsakademien veröffentlichte Stellungnahme [Biodiversität und Management von Agrarlandschaften](#) war auch als Mahnung an Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner zu verstehen, die die Verhandlungen in Brüssel führte:

FÜNF HANDLUNGSFELDER ZUR WIEDERHERSTELLUNG DER ARTENVIELFALT

Der Verlust der Artenvielfalt seit 2000 (diagonale schwarze Linie) lässt sich nach Ansicht der UN-Biodiversitätskonvention mit fünf Handlungsfeldern bis 2050 ausgleichen.



Quelle: [Global Biodiversity Outlook 5, Summary for Policymakers](#) (2020)

Die ökologische Krise in der Agrarlandschaft, so stellen die beteiligten Akademien fest, habe ein Ausmaß erreicht, das die Funktionsfähigkeit des Ökosystems gefährde. Nur ein Umsteuern zu einer naturverträglicheren Wirtschaftsweise könne gravierende Folgen auch für die Menschen noch abwenden. Die Wissenschaftler forderten deshalb vor allem eine radikale Kurswende in der deutschen und europäischen Landwirtschaftspolitik.

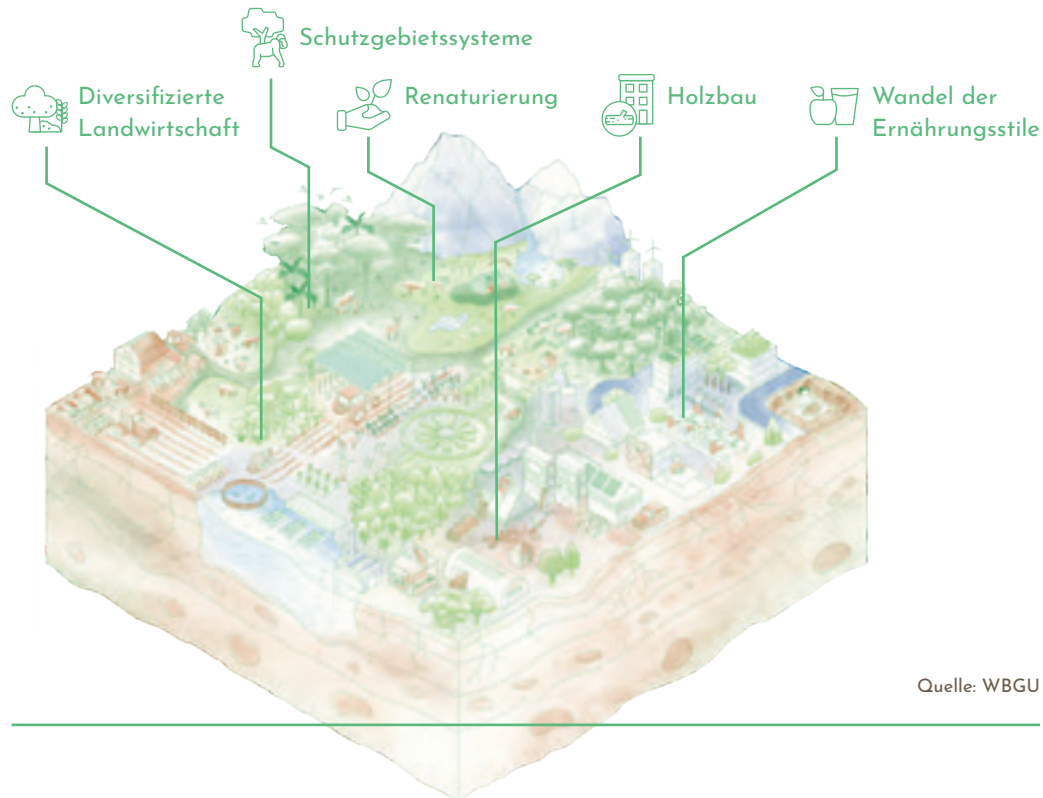
Doch wissenschaftliche Erkenntnisse, insbesondere wenn sie auf „eine radikale Kurswende“ hinauslaufen, zählen für das Bundeslandwirtschaftsministerium so wenig wie die Forderungen der Umweltorganisationen. Dabei kommt der Appell auch vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). Das am 3. November veröffentlichte WBGU-Gutachten [„Landwende im Anthropozän: Von der Konkurrenz zur Integration“](#) belegt, dass sich mit einer nachhaltigen Landnutzung Klimawandel, Ernährungs Krise und Biodiversitätsverlust gemeinsam bekämpfen lassen. Die Experten entwickelten dafür, dass eine Wende gelingt, fünf sogenannte „Mehrgewinnstrategien“: die Ausweitung von Schutzgebiete-



ten, die Renaturierung von Ökosystemen, eine vielfältigere Landwirtschaft, die Anpassung von Ernährungsstilen und der sinnvolle Einsatz von Bioökonomie, etwa das Bauen mit Holz.

Das Problem: Der WBGU wird von den Bundesministerien für Umwelt (BMU) sowie Forschung und Entwicklung (BMBF) finanziert, nicht aber durch das für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). Das Ministerium von Landwirtschaftsministerin Klöckner ist eher einer der Adressaten, nicht einer der Absender des Gutachtens. Und hier will man von wissenschaftlichen Erkenntnissen, die das Ende der Komfortzone bedeuten könnten, lieber nichts hören (siehe hierzu auch unser [Interview](#) mit dem WBGU-Mitglied und Biodiversitätsexperten Prof. Dr. Markus Fischer auf der übernächsten Seite).

FÜNF MEHRGEWINNSTRATEGIEN FÜR EINEN NACHHALTIGEN UMGANG MIT LAND



SCHWERWIEGENDE FOLGEN DES BIODIVERSITÄTSVERLUSTS Schon vor Ausbruch der Coronapandemie gab es klare Warnungen von Experten, dass der Verlust der Artenvielfalt auch die Ausbreitung von Pandemien begünstige. So machte der Weltbiodiversitätsrat IPBES (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services) im Frühjahr 2019 auf den Zusammenhang zwischen Biodiversitätsverlust und der Ausbreitung von Zoonosen (Infektionskrankheiten, die wechselseitig zwischen Tieren und Menschen übertragen werden können) aufmerksam. Krankheitserreger würden vermehrt von Tier zu Mensch wandern, wenn sich das Konsumverhalten und die Landnutzung nicht änderten. Zudem sorgte auch der übermäßige Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung für eine wachsende Ausbreitung multiresistenter Keime (Bakterien).

Ein lesenswertes [Online-Dossier](#) der deutschen IPBES-Koordinierungsstelle stellt dazu fest: „Die durch das neue Corona-Virus ausgelöste Infektionskrankheit COVID-19 reiht sich ein in eine lange Liste von Zoonosen (Malaria, HIV, SARS, Schweinegrippe, Hanta, Vogelgrippe, Ebola, Mers etc.), deren zukünftiges Auftreten [...] durch menschliche Eingriffe in die Natur verschärft werden könnte.“ Die immer intensivere Landwirtschaft gilt als wesentliches Risiko für den Fortbestand der Artenvielfalt.

EU-AGRARREFORM MIT UMWELTVORGABEN Warum sind eine vernünftige und ökologische Landwirtschaft - und damit auch entsprechende Lebensmittel - eigentlich so schwer zu erreichen? Wie so oft scheinen die Kräfte zu überwiegen, die gegen jede Veränderung des Status quo ankämpfen. Wissenschaft wird ignoriert, kurzfristiges Denken überwiegt. So werden die unter deutscher Moderation herbeigeführten Beschlüsse zur EU-Agrarreform für die Jahre 2021 bis 2027 derzeit von allen kritisiert, außer von denen, die sich verändern müssten: der Mehrheit der Landwirte und ihren Lobbyisten.

Nach dem ausgearbeiteten, aber noch nicht beschlossenen Vorschlag sollen die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet werden, eine Reihe vorgegebener Ziele zu erreichen - etwa die Erhaltung der Natur, den Klimaschutz und die Sicherung der Lebensmittelqualität. Dazu sollen sie in nationaler Eigenverantwortung Pläne erstellen, die von der EU-Kommission genehmigt werden müssten. Zudem sollen die Staaten „Öko-Regelungen“ anbieten, also Umweltvorgaben, die über die verpflichtenden Anforderungen hinausgehen. Landwirte, die sie erfüllen, bekommen zusätzliches Geld. Nach dem Kommissionsvorschlag sollen 20 Prozent der Direktzahlungen an Landwirte für



Öko-Regelungen reserviert werden - inklusive einer zweijährigen „Lernphase“. Das EU-Parlament hat hier bereits 30 Prozent angemeldet.

In der sogenannten Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), dem zweitgrößten Haushaltsposten der EU, geht es um rund 400 Milliarden Euro, die bisher ausschließlich nach Fläche, ohne qualitative Kriterien, an die Landbesitzer ausbezahlt werden. Diese wiederum sind von den Subventionen wirtschaftlich abhängig. Konventionell arbeitende Landwirte fühlen sich von Umweltauflagen bedroht.

KRITIK AN DER AGRARREFORM Möglicherweise hat es sich die deutsche EU-Ratspräsidentschaft bei der Erarbeitung der Reformvorschläge zu einfach gemacht. Denn die Reform muss sich, ob dies ihre Planer wollen oder nicht, in den allgemeinen Finanzrahmen der EU einfügen, und der wird für die nächsten Jahre bestimmt durch den Europäischen Grünen Deal. Hier sind insbesondere die „Farm to Fork“-Strategie und die EU-Biodiversitätsstrategie 2030 zu nennen.

Und da setzt die laute Kritik an den Reformvorschlägen auch im Wesentlichen an. So wird nicht nur der Klimaschutzeffekt der Reform in Zweifel gezogen, sondern auch der Nutzen für die Stärkung der Biodiversität. In einem Deutschlandfunk-Interview etwa mahnte ein Germanwatch-Sprecher, es sei wichtig, die industrielle Tierhaltung zu reduzieren, weil die Nährstoffüberschüsse, die durch den Maisanbau für Futtermittel und die stickstoffhaltigen Ausscheidungen in die Landschaft kommen, ein Grund dafür sind, dass seltenere Pflanzenarten verdrängt werden. Die Förderung extensiver Weidehaltung sei dagegen ein Weg, wie die Agrarpolitik einen Beitrag für die biologische Vielfalt leisten könne.

AGRARPOLITIK UND BIODIVERSITÄTSSTRATEGIE Die im Mai 2020 vorgelegte EU-Biodiversitätsstrategie 2030 konstatiert, dass „bestimmte landwirtschaftliche Verfahren ein wichtiger Faktor für den Rückgang der biologischen Vielfalt [sind]. Deshalb ist es wichtig, mit den Landwirten zusammenzuarbeiten, um den Übergang zu vollkommen nachhaltigen Verfahren zu unterstützen und Anreize dafür zu schaffen“ (§2.2.2, Seite 8). Die Vorschläge zur Gemeinsamen Agrarpolitik beinhalten einen solchen „Übergang zu vollkommen nachhaltigen Verfahren“ dagegen nicht.

Der Zeitplan zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie enthält mehrere Etappenziele, die sich explizit auf die Landwirtschaft beziehen. So sollen ab 2020 Maßnahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik sicherstellen, dass die Mitgliedsländer natio-

nale Ziele für die Biodiversitätsstrategie vorgeben, mit denen auch die Umsetzung der FFH-Richtlinie (FFH = Fauna-Flora-Habitat) von 1992 unterstützt werden. Zudem soll ein „Aktionsplan für ökologische Landwirtschaft und ökologisch erzeugte Lebensmittel 2021-2026“ erarbeitet sowie die „Thematische Strategie für den Bodenschutz“ bis 2021 überarbeitet werden. Hinzu kommt, dass die „Vom Hof auf den Tisch“ („Farm to Fork“)-Strategie der EU fordert, den Verbrauch von Pestiziden, Düngemitteln und Antibiotika zu verringern. Von all dem hört man in den Diskussionen um die Agrarreform bisher nichts. Die bisherigen Entwürfe sind nur in Grundzügen bekannt.

Es bleiben daher Zweifel, ob die künftige Gemeinsame Agrarpolitik nicht im Widerspruch zu Kernzielen des Schutzes von Klima und Biodiversität steht - Zweifel, die wohl nur auf EU-Ebene auszuräumen sind.

STUDIE WIRTSCHAFTEN IM EINKLANG MIT DER NATUR



In den kommenden Jahrzehnten drohen etwa eine Million Arten zu verschwinden, und jedes Jahr verlieren wir laut wissenschaftlichen Schätzungen mindestens 6 Billionen US-Dollar an wirtschaftlich relevanten Umweltleistungen. Angesichts dieser sich ausweitenden Krise haben der Naturschutzbund Deutschland (NABU) und die Boston Consulting Group im September 2020 eine Studie vorgelegt, die zentrale Fragen beantwortet und Handlungswege zur Sicherung der Biodiversität aufzeigt. Die Autoren betonen dabei den engen Zusammenhang von Klimawandel und Biodiversitätsverlust: „Wir müssen beide Krisen zugleich bekämpfen.“



INTERVIEW

„Wir sollten innovativer denken“

Aus Anlass des bevorstehenden Endes der UN-Dekade der Biodiversität sprachen wir mit Prof. Dr. Markus Fischer, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). Fischer forscht und lehrt an der Universität Bern und am Senckenberg Forschungszentrum Biodiversität und Klima in Frankfurt.

Herr Prof. Fischer, mit dem Jahr 2020 endet die UN-Dekade der Biodiversität. Was hat sie aus Ihrer Sicht gebracht, und in welchen Bereichen hätte mehr passieren müssen?

Die Resultate dieser UN-Dekade sind natürlich extrem ernüchternd. Von den 20 Zielen, die man sich vor zehn Jahren gesetzt hatte, ist nicht ein einziges vollständig erreicht worden. Das ist im aktuellen 5. Global Biodiversity Outlook der UN-Biodiversitätskonvention leider sehr eindrücklich dokumentiert worden. Der Rückgang der Artenvielfalt wurde nicht gestoppt. Es mangelt nach wie vor an einer ganzheitlichen Perspektive, sodass in den relevanten Politikfeldern oft isoliert nebeneinander her gearbeitet wird. Die Ziele, denen man am nächsten kam, waren solche, bei denen es um vor allem Verwaltungsakte ging, also etwa das Erarbeiten von Strategien oder das Ausweisen von Schutzgebietsflächen, letzteres aber leider meist ohne die notwendigen Maßnahmen und Mittel.



© Sam Buchli

Wenn es ganz allein nach Ihren Wünschen ginge, wie müsste die deutsche und europäische Politik den Schutz der Biodiversität verankern?

Die Biodiversität ist in der bisherigen Politik allenfalls ein Nebenschauplatz. Das größte Problem ist, dass unser Lebensstil und die nicht nachhaltigen Produkte und Dienstleistungen, die wir täglich brauchen, hohe externe Kosten haben. Nur wenn man die an der Natur angerichteten Schäden in Preise, Steuern, Subventionen und Zölle integrieren würde, würden die wahren Kosten offensichtlich. Und nachhaltige Produkte und Dienstleistungen würden preiswerter und attraktiver.

Ein weiteres Problem ist, dass Entscheidungsträger und Landnutzer nicht integriert handeln. Die Rahmenbedingungen sind meist so gesetzt, als ob die Natur vor allem zur Produktion von Nahrungsmitteln

oder von Holz zu gebrauchen sei. Alle anderen Leistungen der Natur für den Menschen werden weitgehend als selbstverständlich hingenommen, wie zum Beispiel der Beitrag der Insekten zur Bestäubung von Nutzpflanzen, zur Bodenbildung und zur natürlichen Schädlingsregulierung. Hier gibt es aber gerade einen dramatischen Rückgang. Die Erkenntnis, dass mit dem Rückgang der Artenvielfalt auch Ernährungssicherheit und Klimaschutz abnehmen, hat sich noch nicht durchgesetzt. So haben wir auf allen Ebenen – Gemeinden, Länder, Staaten, Staatenverbände – inkohärente Politiken. Schon allein die Landwirtschafts- und die Umweltpolitik widersprechen sich vielfach.

Wie beurteilen Sie vor diesem Hintergrund die gerade beschlossene EU-Agrarreform hinsichtlich der Biodiversität?

Die daran laut geäußerte Kritik überrascht mich nicht. Der finanzielle Förderanteil für Maßnahmen für Umwelt und Biodiversität ist viel zu gering. Wir alle profitieren von 18 verschiedenen Typen von Leistungen der Ökosysteme für den Menschen, die Produktion von Nahrungsmitteln ist nur eine davon. Biodiversitätsschutz, Klimaschutz und Ernährungssicherheit sind eng verzahnt und erfordern integrierte Maßnahmen. Wir sollten innovativer denken, uns zum Beispiel auch die Frage stellen, warum wir eigentlich keine gemeinsame Ökosystempolitik einführen, statt getrennten Landwirtschafts-, Forst-, Gewässer- und Umweltpolitiken.

Es gilt, das Sektorale zu überwinden, um den Mehrwert nutzen zu können, den ein sinnvoller Umgang mit der Natur ermöglicht. Im aktuellen Gutachten des WBGU vom 3. November 2020 haben wir entsprechende Empfehlungen gegeben. Wir stellen darin fünf



sogenannte Mehrgewinnstrategien und fünf Ideen zur Governance vor. Was landwirtschaftliche Produktion und Ernährung angeht, haben wir die Diversifizierung der Landwirtschaft und gesündere Ernährungsstile mit geringerem Fleischkonsum als vielversprechende Wege angesprochen. Hier bieten sich vielfältige Handlungsoptionen für Politik, Landwirtschaft, Handel, Verpflegungsbetriebe und Konsumentinnen und Konsumenten.

Fühlen Sie sich als Experte eigentlich ernstgenommen, wenn einflussreiche Teile der Politik so gar nicht hören wollen, was Sie zu sagen haben?

Als Mitglieder des WBGU ist unsere Politikberatung ja sowohl wissenschaftlich sehr gut fundiert als auch durch die Bundesregierung legitimiert und wird entsprechend auch gehört. Bei der Umweltministerin hatten wir bei der Übergabe unseres jüngsten Gutachtens durchaus das Gefühl, gehört und verstanden zu werden. Um möglichst nützlich zu sein, muss wissenschaftliche Politikberatung Handlungsoptionen aufzeigen, nicht nur Systeme analysieren. Wir versuchen entsprechend, jeweils wissenschaftliche Themen und gesellschaftliche Lösungen zusammenzudenken.

Multilaterale Finanzinstitute haben in den vergangenen Jahren innovative Finanzierungsinstrumente zum Schutz der Artenvielfalt auf den Weg gebracht. Nehmen Sie schon konkrete Auswirkungen davon wahr, oder brauchen wir dafür einen längeren Atem?

Finanzierungsinstrumente, etwa aus dem Umfeld der Natural Capital Investments, könnten überall da helfen, wo sie ausgewogenen, nicht nur einzelnen, Umweltzielen nutzen und wo wirklich das fehlende Geld der

entscheidende Engpass ist. Oft sind wir aber zunächst mit schwierigen Fragen der Governance und Partizipation konfrontiert, wie etwa bei schwachen staatlichen Institutionen oder bei Fragen zu gerechter Verteilung und gerechten Preisen in von Unterernährung betroffenen Gebieten. Erst im Zusammenspiel ausgewogener Ziele mit wirkungsvoller Governance und Partizipation können Finanzierungsinstrumente sehr wirksam sein. Sonst geht Geld oft in die falschen Kanäle.

Worin liegt Ihrer Ansicht nach die Verantwortung der Industrie?

Wir können den Rückgang der Biodiversität nur aufhalten, wenn wir nachhaltig produzieren. Bisher verursacht industrielle Produktion externe Kosten, die nicht in die Unternehmenskosten und Produkte eingepreist sind. Es setzt für Konsumenten die falschen Anreize, wenn umweltschädliche Produkte billig sind. Die Nahrungsmittelindustrie hat zum Beispiel noch viel Spielraum, gesünder und umweltfreundlicher zu werden. Wir brauchen auch einen verantwortungsvolleren Umgang mit unseren Lieferketten, etwa in Form von Partnerschaften oder Labels.

In ihren Innovationsleistungen haben alle Unternehmen die Wahl, in welche Richtung sie forschen und investieren wollen. Innovative Ideen für geringeren Ressourcenverbrauch und Kreisläufe sind wichtig. Eine sinnvolle Option sind „nature-based innovations“. Dazu kann der stärkere Einbezug nachwachsender Rohstoffe gehören, etwa im Holzbau. Ein klares Bekenntnis zur Biodiversität heute kann in zehn Jahren ein handfester Marktvorteil sein. Also: a) nachhaltige Produktion, b) Innovationen in Richtung Nachhaltigkeit lenken und c) keine falschen Anreize setzen, das ist ein guter Weg.

Kurz berichtet

Armut weltweit: Corona verschärft

Die Pandemie hat die langfristigen Erfolge bei der Armutsbekämpfung in der Welt gestoppt. Erstmals seit zwei Jahrzehnten ist die extreme Armut in diesem Jahr wieder angestiegen. Wie aus dem Anfang Oktober erschienenen [Armutbericht](#) der Weltbank hervorgeht, ist ein Anstieg der weltweit in extremer Armut lebenden Menschen um bis zu 115 Millionen zu erwarten.

Klimaneutralität: Bekenntnisse weltweit

Ende Oktober bekannte sich Japans neuer Premier dazu, bis 2050 klimaneutral zu sein. Chinas Präsident hatte bereits Ende September bei der UN-Vollversammlung erklärt, Klimaneutralität bis 2060 anzustreben. Der Höhepunkt des CO₂-Ausstoßes soll schon vor 2030 erreicht werden. Auch der frisch gewählte US-Präsident hat eine neue Umwelt- und Klimapolitik angekündigt: Joe Biden will sofort ins Pariser Klimaschutzabkommen zurück, die USA bis 2035 im Strombereich zu 100 Prozent erneuerbar machen und bis 2050 komplett klimaneutral.

EU-Klimaziel 2030: Parlament will 60 Prozent

Das Europaparlament hat am 7. Oktober mit einer knappen Mehrheit dafür gestimmt, das EU-Klimaziel 2030 anzuheben: Der Ausstoß von Treibhausgasen soll im Vergleich zu 1990 um 60 Prozent statt bisher 40 Prozent sinken. Die EU-Kommission hatte zuvor 55 Prozent gefordert. Bis Ende des Jahres will die Kommission eine endgültige Einigung auf ein neues Ziel erreichen – in Abstimmung mit dem Parlament und den teils widerstrebenden Mitgliedstaaten.



EU LIFE-Programm: Investitionen genehmigt

Die Europäische Kommission hat Investitionen von mehr als 280 Millionen Euro für das LIFE-Programm genehmigt. Über 120 neue Projekte tragen dazu bei, die Ziele des Green Deal zu erreichen, indem sie unter anderem die EU-Biodiversitätsstrategie, den Aktionsplan für Kreislaufwirtschaft, den grünen Wiederaufbau nach Corona und Klimaneutralität unterstützen. Das reicht von der Wiederherstellung von Torfgebieten über Energieeffizienz neuer Gebäude bis zum Schutz von Wiesenvögeln. Viele der Projekte sind grenzübergreifend angelegt, sodass mehrere Mitgliedstaaten beteiligt sind.

EU-Taxonomie: Konsequenzen beleuchtet

Eine Analyse für die DAX-30-Unternehmen kommt zu dem Ergebnis, dass zurzeit etwa 27 Prozent aller wirtschaftlichen Aktivitäten als taxonomie-relevant eingestuft werden können. Nur etwa ein Prozent der Aktivitäten der DAX-30-Unternehmen stünden vollständig im Einklang mit der EU-Taxonomie. Das Rahmenwerk legt fest, wann eine Wirtschaftstätigkeit als nachhaltig gelten kann, konzentriert sich bisher aber nur auf ausgewählte Umweltaspekte. Die Ende September vorgestellte Studie wurde von ISS-ESG zusammen mit Adelphi im Auftrag des Bundesumweltministeriums erstellt. Die Ergebnisse sollen dazu beitragen, die Relevanz und Nutzbarkeit der EU-Taxonomie zu maximieren. Eine zweite Phase dieser Umfrage wird 2021 stattfinden.

EU-Verbraucherpolitik: Neue Agenda vorgelegt

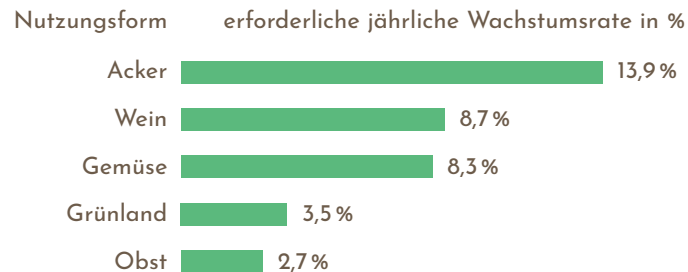
Die EU-Kommission hat im November eine neue Verbraucheragenda für die Jahre 2020 bis 2025 vorgelegt. Darin erklärt sie, wie sie die Rechte der Verbraucher

beim ökologischen und digitalen Wandel wahren und stärken will. So sollen Verbraucher beispielsweise dabei unterstützt werden, umweltfreundliche und lang haltbare Produkte zu kaufen und sich beim Online-Kauf besser vor versteckter Werbung zu schützen. Auch die Auswirkungen der Coronapandemie auf das Verhalten der Verbraucher sollen berücksichtigt werden.

EU-Ziele für Ökolandbau: Deutschland hängt nach

Bis 2030 soll der Anteil des ökologischen Landbaus europaweit 25 Prozent betragen. Doch hierzulande beträgt er gerade mal 8,5 Prozent, wie eine von Greenpeace beim Kasseler Institut für ländliche Entwicklung beauftragte Studie ergab. Um das Ziel der europäischen „Farm to Fork“-Strategie beim Öko-Landbau in Deutschland zu erreichen, müsste nach Berechnungen des Kasseler Instituts mit einer gezielten und bis 2030 anwachsenden Förderung die Öko-Fläche im deutschen Wein- und Gemüseanbau fast verdreifacht und im Ackerbau fast verfünffacht werden.

ERFORDERLICHE WACHSTUMSRATEN FÜR DAS ERREICHEN DES 25-PROZENT-ZIELS BIS 2030



Quelle: Greenpeace

Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie: Entwurf für Fortschreibung

Am 1. Oktober hat die Bundesregierung einen ersten Entwurf für die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt. Grundlage waren Hinweise aus verschiedenen Dialogkonferenzen. Bei der Aktualisierung werden auch die Folgen der Coronapandemie berücksichtigt. Das Papier wurde über Online-Konsultationen und andere Beteiligungsformen im Oktober zur Diskussion gestellt. In der ersten Jahreshälfte 2021 soll die Strategie veröffentlicht werden.

Aktiendepots von Bund und Ländern: Nicht Klimaschutzkonform

In einer Untersuchung des Aktienbesitzes von Bund und Ländern kommt die Initiative Fossil Free Berlin gemeinsam mit dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) zu dem Schluss, dass der Staat noch kein Vorbild abgibt. Die Ende September veröffentlichten Ergebnisse zeigen: „Staatliche Aktiendepots, in denen Ende 2018 rund 1.700 Unternehmen lagen, sind von der Einhaltung des Pariser Klimaabkommens mit Temperaturobergrenzen von 1,5 bis 2,0 °C weit entfernt.“ Eine Simulation ergab, dass die Unternehmen, an denen Bund und Länder Aktien halten, sich eher noch auf dem Pfad einer Erderwärmung um 4 °C befinden. Am schlechtesten schnitten in der Simulation die Depots von Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Bayern ab. Auch der Bund lag um 18 Prozent über dem Grenzwert für „Paris-kompatible Finanzen“.



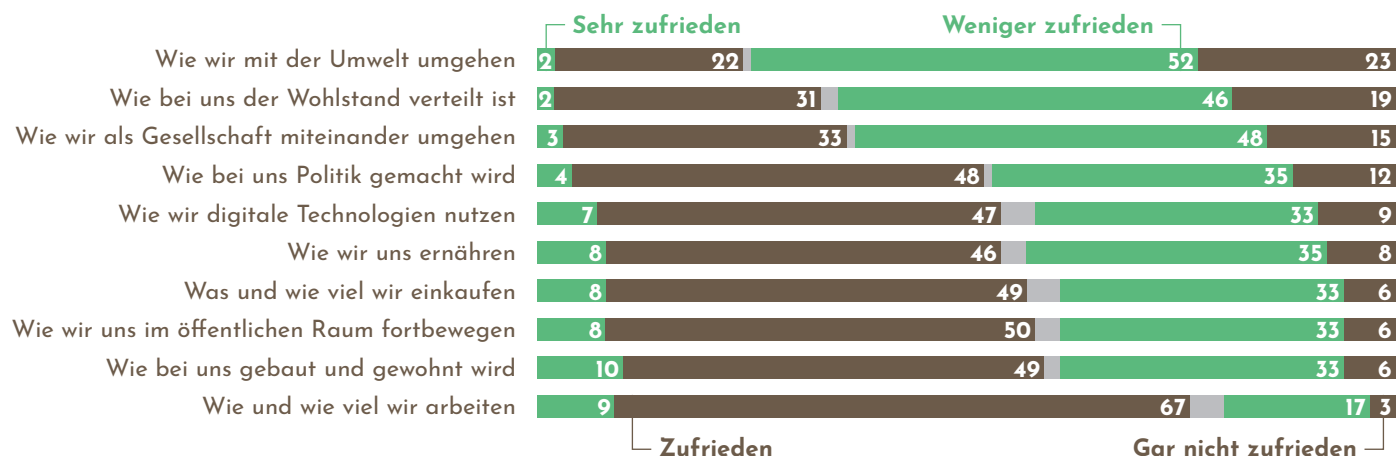
Gleichstellung: Frauenquote kommt

Nach zähem Ringen hat sich die Große Koalition am 22. November für eine Frauenquote in Vorständen und Aufsichtsräten deutscher Großunternehmen entschieden. In Vorständen börsennotierter und paritätisch mitbestimmter Unternehmen mit mehr als drei Mitgliedern muss demnach künftig mindestens ein Mitglied eine Frau sein. Der Gesetzesvorschlag wurde u.a. auch deshalb nötig, weil der Anteil weiblicher Führungskräfte in den Top-Etagen deutscher Großunternehmen zuletzt wieder gesunken war: Am 1. September 2020 saßen in den 30 DAX-Konzernen nur noch 23 Frauen im Vorstand, vor einem Jahr waren es noch 29. Im [Ländervergleich](#) mit Frankreich, Großbritannien, Polen, Schweden und den USA landet Deutschland damit auf dem letzten Platz.

Leben in Deutschland

Eine von der ARD beauftragte repräsentative Umfrage zeigt, dass nur ein Viertel der Deutschen (24%) den Umgang mit der Umwelt hierzulande positiv bewertet. Jeweils etwa zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger üben zudem Kritik am sozialen Miteinander (63%) und daran, wie der Wohlstand in Deutschland verteilt ist (65%). Am besten schneidet die Arbeitswelt ab: Rund drei Viertel (76%) sind zufrieden oder sehr zufrieden damit, wie und wieviel sie arbeiten. In anderen Bereichen sind die Ergebnisse differenzierter, weil sie sich nach der individuellen Lebenslage unterscheiden. So sind etwa sechs von zehn Befragten (58%) zufrieden damit, wie hierzulande gebaut und gewohnt wird. Unter Großstädtern sowie unter Geringverdienern ist die Zustimmung allerdings deutlich niedriger als bei Menschen mit höheren Einkommen oder in kleineren Gemeinden.

ZUFRIEDENHEIT MIT DEN VERHÄLTNISSEN IN DEUTSCHLAND



Quelle: ARD, infratest dimap; 1.009 Befragte (3.-4.11.2020), Bevölkerung in D. ab 14 J., Werte in %, Differenz zu 100% = keine Angaben/weiß nicht

TERMINE

30.11. - 2.12.2020: [Kommunale Klimakonferenz 2020](#) (Online-Event)

3.12.2020: [Verleihung des Deutschen Engagementpreises](#) (Online-Event)

3. - 4.12.2020: [13. Deutscher Nachhaltigkeitstag mit Verleihung des Deutschen Nachhaltigkeitspreises](#) (Online-Event). Den diesjährigen Ehrenpreis erhält EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen

9.12.2020: Konferenz „70 Jahre Europäische Menschenrechtskonvention“ (Online-Event des Auswärtigen Amtes)

IMPRESSUM

akzente kommunikation und beratung GmbH (Hrsg.), Sabine Braun (ViSdP), Corneliusstraße 10, D-80469 München

akzente berät Unternehmen, Marken und Organisationen seit über 25 Jahren zu Nachhaltigkeit und Verantwortung - in Strategie, Management, Reporting und Kommunikation. Gemeinsam mit unseren Kunden arbeiten wir an Lösungen zur Zukunftsfähigkeit, Transparenz und Glaubwürdigkeit ihrer Unternehmen.